

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

### **Staatsvertrag zur Bremer Landesbank noch nicht unterzeichnen!**

Die Schieflage der Bremer Landesbank (BLB) wurde mit der Trägererklärung am 10. Juni 2016 öffentlich bekannt. Die seit 2008 fortan währende Krise der Schifffahrtsmärkte sowie die strikteren regulatorischen Anforderungen der Europäischen Zentralbank an die Werthaltigkeit der Schiffskredite führten die BLB im Frühjahr 2016 in eine Lage, die ohne eine Kapitalmaßnahme nicht mehr zu stemmen war.

Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in 2015 ab. Im Frühjahr wurde der Aufsichtsrat der BLB, dem die Senatorin für Finanzen vorsitzt, davon in Kenntnis gesetzt, dass die supranationalen und nationalen Aufsichtsbehörden eine konservativere Forderungsbeurteilung erwarteten, als bis zu dem Zeitpunkt erfolgt. Sämtliche Sitzungen des Aufsichtsrats wurden in 2015 von der Thematik der zu erwartenden Risikovorsorge dominiert. Aus heutiger Perspektive ist bekannt, dass die Szenarienberechnungen zu möglichen „Business Cases“ in einem nicht annähernd ausreichenden Umfang die Realität aufzeigten. So erfolgte zum Jahresende 2015 eine erste außerplanmäßige Risikovorsorge zwischen 300 Mio. Euro und 400 Mio. Euro. Im Frühjahr 2016 sah sich die BLB mit einer weiteren Wertberichtigung konfrontiert. In Höhe von 700 Mio. Euro musste sie jene Schiffskredite wertberichtigen, deren Kapitaleinsatz endgültig als „uneinbringlich“ bewertet wurde.

Bei einer Beteiligungshöhe von 41,2 Prozent oblag es der Verantwortung des Senats, sich rechtzeitig mit den möglichen negativen Entwicklungen der BLB zu befassen und zu überprüfen, unter welchen Voraussetzungen eine derartige Notlage abzuwenden war. Die Historie legt jedoch die Vermutung einer Handlungslethargie nahe.

Um die Insolvenz der tradierten BLB schlussendlich zu verhindern, erzeugten die Trägerverhandlungen am 31. August 2016 das Ergebnis, dass die BLB zum 1. Januar 2017 vollständig im Konzern der NordLB aufgehen wird. Bremen veräußert folglich seine Anteile von 41,2 Prozent am Eigenkapital der BLB an die NordLB.

Die Verhandlungsergebnisse sehen vor, dass das Land Bremen für seine Anteile einen Kaufpreis von 180 Mio. Euro erhält. Des Weiteren werden die durch die BLB gehaltenen Beteiligungen an der GEWOBA AG (GEWOBA), der BREBAU GmbH (BREBAU) und der BLG LOGISTICS GROUP AG (BLG) an Bremen übertragen. Deren gesamter Buchwert wird mit rd. 82 Mio. Euro beziffert. Da der der Freien Hansestadt Bremen über

ihre Beteiligung an der BLB bereits 41,2 Prozent der Anteile an den vorgenannten Beteiligungen zustehen, muss sie nunmehr die prozentualen Restanteile an den drei Beteiligungen erlangen.

Dieses Verhandlungsergebnis ist dem ursprünglichen Kapitaleinsatz durch die Freie Hansestadt Bremen gegenüber zu stellen. Aus dem Erwerb des originären Anteils von 7,5 Prozent an der BLB und der Kapitalwandlung der stillen Einlagen in 2012 beläuft sich die gesamte Summe auf 530 Mio. Euro.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

vor der Unterzeichnung des Staatsvertrags mit dem Land Niedersachsen über die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -

1. den verhandelten Kaufpreis von 180 Mio. Euro in seiner Angemessenheit begutachten zu lassen und die Modalitäten des Zahlungsflusses sowie das Ergebnis der Begutachtung dem Haushalts- und Finanzausschuss mitzuteilen,
2. die Beteiligungen an GEWOBA, BREBAU und BLG aus dem Vermögen der BLB herauszulösen, deren wirtschaftliche und juristische Verfügung sicherzustellen, die marktorientierte Werthaltigkeit dieser Beteiligungen, deren Übertragung zu Buchwerten erfolgen soll, begutachten zu lassen, sowie das Ergebnis der Begutachtung dem Haushalts- und Finanzausschuss mitzuteilen,
3. der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Verantwortung nachzukommen und eine Arbeitsplatzgarantie für die rd. 1.000 beschäftigten Arbeitnehmer an den Standorten Bremen und Oldenburg sicherzustellen,
4. die Identität der BLB in Verbindung mit dem Standort Bremen zu wahren und die Regionalität beider Standorte qualitativ zu sichern.

Jens Eckhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU